

Universitäts- und Hansestadt Greifswald  
Stadtbauamt

19.09.2011  
60.2-EI 524233

## **P r o t o k o l l**

### **der Sitzung des Ausschusses für Bauwesen und Umwelt am 06. September 2011 im Bürgerschaftssaal**

#### **Öffentlicher Teil**

**Beginn: 18:00 Uhr**

**Ende: 21:05 Uhr**

#### **Anwesenheit**

Herr Thonack

Herr Dr. Bittner

Herr Dr. Kasbohm

Herr Kruse

Herr Liedtke

Herr Littmann

Herr Leupold

i. V. für Herrn Lüthen

Herr Meyersieck

Herr Schmidt

Frau Behrendt

i. V. für Frau Dr. Schwenke

Herr Wähner

#### **Verwaltung**

Herr Hochheim

Herr Kaiser

Herr Wixforth

Herr Hauck

Herr Kremer

Frau Franz

Frau Efeld

i. V. für Herrn Wilke

#### **Gäste**

Herr Poschmann ipc Dr. Talkenberger GmbH

Herr Rösel RDC Dorsch Consult

Herr Oberdörfer OZ

**Tagesordnung:**

1. Sitzungseröffnung
2. Abstimmung der Tagesordnung
3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner
4. Beschlusskontrolle
  - 4.1. Aktueller Stand "Stadthaus"
  - 4.2. 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zur Umsetzung des Schlaglochprogramms des Innenministeriums 05/500  
**B282-15/11**  
*Dez. I , Amt 20*
  - 4.3. Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv 05/482  
**B300-15/11**  
*Dez. II , Amt 23*
  - 4.4. Atomstromfreie Stadtwerke Greifswald GmbH 05/502  
**B321-16/11**  
*Bündnis 90 / Die Grünen*
  - 4.5. Wiecker Brücke 05/499  
**B304-15/11**  
*SPD-Fraktion*
5. Diskussion von Beschlussvorlagen
  - 5.1. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011 05/605  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.2. Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage, Verlängerung der Straße „An den Gewächshäusern“ und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung 05/584  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.3. Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung 05/586  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.4. Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung, die Abschnittsbildung und die Klassifizierung 05/585  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.5. Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -; Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang) 05/608  
*Dez. II, Amt 60*
  - 5.6. Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 - Friedrichshagen 05/607  
Aufstellungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*

- 5.7. Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 70 - Gärtnerei 05/599  
Soldmannstraße  
Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss  
*Dez. II, Amt 60*
- 5.8. Prüfauftrag Fußgängerzone 05/621  
*SPD-Fraktion*
- 5.9. Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines 05/627  
behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation  
*CDU-Fraktion*
6. Informationen der Verwaltung
7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder
8. Informationen des Ausschussvorsitzenden
9. Bestätigung des Protokolls vom 07.06.2011
10. Schluss der Sitzung

*Zu TOP: 1. Sitzungseröffnung*

Der stellvertretende Ausschussvorsitzende (i. F. Vorsitzender), Herr Liedtke, eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:00 Uhr, begrüßt alle Anwesenden und stellt den ordnungsgemäßen Zugang aller Sitzungsunterlagen fest.

---

*Zu TOP: 2. Abstimmung der Tagesordnung*

Herr Liedtke bittet um Ergänzung der Tagesordnung um TOP 5.9. - eine von der CDU-Fraktion eingebrachte Tischvorlage - Prüfauftrag, kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation.

**Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.**

---

*Zu TOP: 3. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Einwohner*

Herr Dr. Hartmann erfragt mit Hinblick auf die Bildung des neuen Großkreises, wie die künftige Position der Vertreter Greifswalds zur erforderlichen Neuordnung der Abfallgebührensatzung aussehen wird. Wird man sich hierbei eher auf eine moderne, gerechte, sozial ambitionierte Verteilung der Belastungen orientieren oder sollen die Gebühren nur nach direktem Abfallvolumen berechnet werden? Die ausführlichen Fragestellungen finden sich in **ANLAGE \_1** des

Protokolls.

Herr Hochheim antwortet hierzu, dass nicht voraussehbar ist, wie sich künftig die Mehrheiten im Kreistag bilden und dass Mehrheiten akzeptiert werden müssen. Die fachliche Zuständigkeit liegt nicht mehr bei der Stadt. Künftig hat man sich in dieser Sache an die Kreisverwaltung zu halten. Aussagen, welcher Art sich die Positionen künftig gestalten, sind zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Möglicherweise ist es zielführend, sich frühzeitig in die Beratungen einzubringen.

Herr Liedtke ergänzt, dass der Fachausschuss sich auch künftig dieser Thematik widmet. Zu gegebener Zeit wird man sich in die Beratungen einbringen und dabei auf die Fragestellungen des Herrn Dr. Hartmann zurückkommen.

Herr Hetzel, Anwohner der Uhlandstraße, gehört in Folge der heftigen Niederschläge im August dieses Jahres zu den Hochwassergeschädigten der Stadt. In diesem Zusammenhang erfragt er, wann mit der Umsetzung des Bebauungsplanes Nr. 88 - Heinrich-Heine-Straße - begonnen werden soll. Des Weiteren möchte Herr Hetzel wissen, in welcher Priorität sein Antrag auf Soforthilfe zur Beseitigung der Hochwasserschäden berücksichtigt werden wird, da es offensichtlich Probleme bei der Freistellung der Mittel gab und er daraufhin einen zweiten Antrag stellen musste, obwohl er zu den Mitinitiatoren der Aktion gehörte.

Herr Hochheim merkt an, dass im Verlauf der weiteren Sitzung der Bebauungsplan Nr. 88 hinsichtlich des notwendigen Ausbaus der Heinrich-Heine-Straße thematisiert wird. Er stellt klar, dass die Umsetzung des Bebauungsplanes erst begonnen werden kann, wenn die Entwässerungsproblematik für die betroffenen Bereiche geklärt ist. Aus diesem Grund wurde der Bebauungsplan auch zunächst zurückgestellt, stattdessen wird der Bebauungsplan Nr. 13 - An den Gewächshäusern – forciert. Des Weiteren hat Herr Hochheim an die beteiligten Verwaltungsstellen herangetragen, dass die Anträge der Initiatoren zur Ausreichung von Soforthilfen an Hochwassergeschädigte vorrangig zu behandeln sind.

---

*Zu TOP: 4. Beschlusskontrolle*

---

*Zu TOP:     Aktueller Stand "Stadthaus"  
4.1.*

Herr Liedtke stellt voran, dass Herr Poschmann, Projektsteuerer der ipc Dr. Talkenberger GmbH, zum aktuellen Stand Projekt „Stadthaus“ informieren wird. Herr Hochheim ergänzt, dass Herr Poschmann auch Ausführungen zu den Projekten „Neubau Berufsfeuerwehr“ und „Sanierung des Standortes Freiwillige Feuerwehr“ anbieten könne. Die Anwesenden signalisieren ihr Einverständnis.

Herr Poschmann erläutert die aktuellen Sach- und Verfahrensstände zu den einzelnen Projekten, wie in Anlage **ANLAGE\_2** beigefügt.

Herr Liedtke weist nach den Ausführungen auf die Qualität der

Dokumentation bzw. Darstellung der Sachstände hin, was Ablaufpläne, Kostenverfolgung, Statusberichte und Gewerkelisten betrifft. Hiermit wird Allen die Möglichkeit gegeben, die mit den Projekten verbundenen Prozesse nachzuvollziehen und wenn es erforderlich wird, rechtzeitig zielführend einzugreifen.

---

Zu TOP: 1. Nachtragshaushaltssatzung 2011 zur Umsetzung des  
4.2. Schlaglochprogramms des Innenministeriums

Herr Wixforth führt aus, dass in Vorbereitung zur 1. Nachtragshaushaltssatzung mit 10 Anträgen zur Gewährung von Krediten aus dem Schlaglochprogramm an das Innenministerium herangetreten wurde. Die 10 verschiedenen Straßen bzw. Straßenabschnitte wurden in vollständiger Summe genehmigt. Für die Stralsunder Landstraße (Teilabschnitt), Friedrich-Loeffler-Straße, Loitzer Landstraße, Wolgaster Straße, Bahnhofstraße, Max-Reimann-Straße, Lomonossowallee und Gützkower Landstraße erfolgten bereits Ausschreibungen und Auftragsvergaben. Beantragt war beim IMMV eine Summe von 653.000 Euro. Die Summe der Ausschreibungsergebnisse belief sich letztendlich auf 648.000 Euro. Bei Abweichungen von beantragter Summe und Ausschreibungsergebnis bei Einzelmaßnahmen wurden Änderungsanträge erneut durchs IMMV genehmigt. Die Vergaben erfolgten an Tief- und Verkehrsbau Stralsund sowie eine Bietergemeinschaft (ASA Bau GmbH, Greifswald und GP Verkehrs- und Wegebau, Grimmen). Die Ausführung der Leistungen soll Mitte September bis Mitte Oktober 2011 erfolgen.

Ein weiterer Antrag betraf die Lindenstraße. Hier erfolgt zurzeit die Vorbereitung des Leistungsverzeichnisses und im Folgenden ein beschränktes Vergabeverfahren. Die Ausschreibung für die Rigaer Straße soll noch im September erfolgen. Hier muss eventuell noch die Zustimmung des Ministeriums eingeholt werden, da die Fertigstellung ggf. erst im kommenden Jahr erfolgen kann.

Auf Nachfrage von Herrn Dr. Bittner macht Herr Hochheim noch einmal deutlich, dass es sich bei diesem Programm um die zinslose Bereitstellung eines Kredites handelt, wobei der Vorteil darin besteht, dass zeitnah agiert werden kann.

Herr Schmidt fragt, was passieren würde, wenn erneut ein strenger Winter vor Fertigstellung der Maßnahmen hereinbricht. Herr Wixforth antwortet, dass dies lediglich bei der Rigaer Straße infrage kommen und dann ggf. erst 2012 fertig gestellt werden könnte.

Herr Leupold erkundigt sich, warum nicht Straßen, die sich in einem weitaus schlechteren Zustand als die Genannten befinden, im Rahmen des Schlaglochprogramms zur Sanierung beantragt wurden. Herr Wixforth erläutert, dass bestimmte Voraussetzungen erfüllt sein mussten, die das Land definiert hat. Bei den Straßen durfte es sich beispielsweise nicht um Anliegerstraßen handeln bzw. musste eine gewisse Verkehrsbedeutung gegeben sein.

---

Zu TOP: *Weiteres Verfahren - Unterbringung Stadtarchiv*  
4.3.

Herr Kremer teilt mit, dass das Wettbewerbsverfahren initiiert ist und die Auswertung in einer Jurysitzung am 14.09.2011 erfolgt.

Die Wettbewerbsbeiträge sollten jeweils den Standort Feuerwehr sowie den Standort an der Straße An den Wurthen untersuchen. Welcher Standort letztendlich infrage kommt, wird durch die Bürgerschaft entschieden. Die Vorstellung der Wettbewerbsergebnisse soll in der Novembersitzung der Bürgerschaft erfolgen.

Herr Dr. Bittner erfragt, ob an den vorgeschlagenen Standorten festgehalten werden muss oder ob nicht der Standort K.-Kollwitz-Schule infrage kommen könnte, da das Gebäude ohnehin sanierungsbedürftig ist. Die K.-Kollwitz-Schule sollte dann einen Neubau erhalten. Vorteile ergäben sich dann daraus, dass für beide Objekte Fördermittel eingeworben werden könnten und dass der Schulablauf sichergestellt wäre. Herr Hochheim hält es aus Platz- und Standortgründen für problematisch einen Neubau der Schule auf dem, von der Fraktion vorgeschlagenen, Quartier A8 zu realisieren. Zum anderen ist die Tragfähigkeit des vorhandenen Gebäudes für eine Nutzung als Archiv fragwürdig. Herr Kaiser bestätigt dies. Herr Hochheim verweist darauf, dass diese Fragen bisher nicht näher untersucht wurden, da sie nicht Bestandteil des damaligen Prüfauftrages der Bürgerschaft waren.

Herr Liedtke verweist auf die Sondersitzung am 08.09.2011, worin die Thematik eventuell noch einmal diskutiert werden könne.

Des Weiteren möchte Herr Dr. Bittner wissen, welche Kosten bereits mit der Durchführung des Wettbewerbsverfahrens entstanden sind. Herr Kaiser antwortet, dass lt. Beschluss 75.000 Euro für die Durchführung des Wettbewerbes festgelegt waren, wovon ca. 35.000 Euro ausgegeben wurden.

---

Zu TOP: *Atomstromfreie Stadtwerke Greifswald GmbH*  
4.4.

Herr Hochheim teilt hierzu mit, dass die Geschäftsführung der Stadtwerke Greifswald die Ergebnisse des Prüfauftrages mit entsprechenden Handlungsempfehlungen zunächst dem Aufsichtsrat in seinen Sitzungen am 25.10. bzw. 04.11.2011 präsentiert und dann in der darauffolgenden Bürgerschaft vorgestellt hat.

---

Zu TOP: *Wiecker Brücke*  
4.5.

Herr Wixforth fasst die Chronologie der Ereignisse um die Polleranlage der Wiecker Brücke zusammen. Nachdem die Anlage wegen erheblicher Mängel am 13.12.2010 stillgelegt werden musste, erfolgte am 28.03.2011 in der Bürgerschaft die Beschlussfassung für eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von 60.000 Euro zur Neuherstellung. Am 23.05.2011 erfolgte die Auftragsvergabe zur

Herstellung dieser. Am 17.08.2011 erfolgte die Inbetriebnahme. Seitdem kollidierten mehrfach Autos mit der Anlage und beschädigten diese. Bisher gelang immer wieder eine kurzfristige Reparatur und Wiederinbetriebnahme.

---

*Zu TOP: 5. Diskussion von Beschlussvorlagen*

---

*Zu TOP: 5.1. Umsetzungslisten Sanierung nach Bewilligung der Programme 2011*

Herr Hauck erläutert ausführlich die Prioritätenlisten zur Mittelbeantragung bzw. die Umsetzungslisten zur Mittelbewilligung der Städtebauförderung 2011 in den einzelnen Förderkulissen.

Herr Dr. Kasbohm fragt, ob die erwähnten Festkosten an die BauBeCon Sanierungsträger GmbH gehen und worin der Bezug zu Einzelmaßnahmen liegt. Herr Hauck erläutert hierzu, dass es bestehende Verträge mit der BauBeCon Sanierungsträger GmbH gibt und diese zu erfüllen sind, unabhängig davon, ob große oder kleine Maßnahmen zu begleiten sind. Wenn bestimmte Programme über einen gewissen Zeitraum nicht bedient werden, fallen trotzdem Aufgaben (z.B. Dokumentationen, Abrechnungen, Verwendungsnachweise, Fördermittelbeantragung) an, die der Sanierungsträger zu leisten hat. Herr Kaiser macht deutlich, dass die Honorare des Sanierungsträgers unabhängig von jährlichen Mittelzuweisungen des Landes für Einzelmaßnahmen aus der Städtebauförderung sind und von dessen tatsächlichen Aufwendungen bestimmt werden.

Herr Dr. Bittner erfragt, warum sich in einigen Fällen bei den Festkosten beantragte und bewilligte Mittel in der Verhältnismäßigkeit zu den bewilligten Mitteln der jeweiligen Gesamtmaßnahme voneinander unterscheiden, bei anderen wiederum nicht? Herr Hauck antwortet hierzu, dass bei Festkosten bis zu 10 % der Gesamtförderung beantragt werden können. Bei den Kosten handelt es sich nicht ausschließlich um reine Trägervergütungen sondern auch Kosten der Abwicklung (Gutachten, Vermessungen etc.). Die bewilligten Festkosten entsprechen jeweils dem, was an Aufwendungen zur Abwicklung des laufenden Betriebes zur Umsetzung einer Gesamtmaßnahme notwendig ist. Es gibt laufende Kosten, es gibt (durch Beschlüsse untersetzte) Kosten, die schon angefallen sind. Förderkulissen setzen sich teilweise aus verschiedenen Programmen zusammen. Wenn in einer Gesamtmaßnahme nur ein Bruchteil der beantragten Maßnahmen in der Städtebauförderung bewilligt ist, dann sinkt zwar der administrative Anteil, jedoch befinden sich mitunter noch eine Reihe von Maßnahmen in der Bearbeitung bzw. Nachbereitung. Es können nicht nur neue Mittel beantragt werden, laufende Maßnahmen müssen auch abgeschlossen werden.

Herr Dr. Bittner möchte, dass der Sportplatz der K.-Kollwitz-Schule in der Schützenstraße aufgewertet wird. Er beantragt daher, dass die in Anlage 1 der Beschlussvorlage bezeichnete (nunmehr in Kategorie D bei der Mittelbewilligung unberücksichtigte) Maßnahme „1.BA Schützenwall Grünanlage + Rückbau Parkplatz“ 175.000 Euro aus den

475.000 Euro Mittelbewilligung der Kategorie C der Maßnahme „Multifunktionsgebäude Museumshafen“ erhält und diese Mittel dem entsprechend umzuschichten. Herr Kruse bezweifelt, dass das Multifunktionsgebäude mit den so verbleibenden 300.000 Euro realisiert werden kann.

Der Antrag zur Mittelumschichtung wird mit 4 Ja- Stimmen, 5 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

**Der Vorlage wird mit 7 Ja- Stimmen und 4 Enthaltungen zugestimmt.**

---

Zu TOP: *Beschluss zum Bau der Erschließungsanlage, Verlängerung der Straße 5.2. „An den Gewächshäusern“ und die Abrechnung der Erschließungsmaßnahme nach der Erschließungsbeitragssatzung*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

**Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.**

---

Zu TOP: *Beschluss zum Ausbau der Straße „An den Gewächshäusern“ und für 5.3. die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung und die Klassifizierung*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Kasbohm gibt die Empfehlung, ein Moderationsverfahren zur Umsetzung der Maßnahme durchzuführen.

Herr Wähler erkundigt sich nach der geplanten Klassifizierung der Straße. Herr Wixforth stellt dar, dass es sich hierbei um die Klassifizierung einer Innerortsstraße handeln muss. Gemäß Straßenausbaubeitragssatzung sind Innerortsstraßen, Straßen, Wege und Plätze, die weder überwiegend der Erschließung von Grundstücken noch überwiegend dem überörtlichen Durchgangsverkehr dienen.

Herr Dr. Bittner erfragt, wer welchen Anteil am Ausbau der Straße zu tragen hat. Frau Franz fasst zusammen, welche Bebauungsplangebiete und Anlieger von der Ausbaumaßnahme betroffen sind. Diejenigen Grundstücke, welche direkt der Straße zugeordnet und durch diese erschlossen sind und im Sinne des Grundbuches eine Wirtschaftseinheit bilden, sind diejenigen, die in die Verteilungsfläche einfließen und zur Beitragserhebung herangezogen werden. Nach vorläufiger Kostenschätzung würde der Beitragssatz bei 7,15 €/qm liegen.

Herr Thonack erkundigt sich, inwieweit die Planungen zum Ausbau abgeschlossen sind. Herr Wixforth erklärt, dass es noch keine Planungen gibt und, wie bereits von Herr Dr. Kasbohm vorgeschlagen wurde, die Durchführung eines Moderationsverfahrens in Erwägung zu ziehen wäre, sollten während der Planungsphase Widerstände auftreten. Herr Dr. Bittner fragt, ob es schon Vorstellungen dazu gibt, wie sich der Straßenquerschnitt gestalten wird. Herr Wixforth antwortet, dass mit der Planung eine Reihe vorhandener Defizite zu erörtern bzw.

zu lösen sind und es noch keine konkreten Vorstellungen zu Straßenquerschnitten gibt.

**Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.**

---

Zu TOP:  
5.4. *Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung, die Abschnittsbildung und die Klassifizierung*

Herr Hochheim stellt voran, dass in der heutigen Sitzung auf einige Anregungen aus der betroffenen Ortsteilvertretung eingegangen werden soll. Hintergrund ist, dass nach lebhafter Diskussion in der Ortsteilvertretung die Anregung kam, die Thematik ggf. in einer Arbeitsgruppe mit Vertretern der OTV und des Fachausschusses, betroffenen Bürgern und der Verwaltung zu erörtern.

Zunächst wird (entsprechend der **ANLAGE\_3**) der aktuelle Sachstand zu den Planungen von Herrn Rösel (RDC Dorsch Consult) erläutert.

Herr Littmann bittet die Sitzung zu unterbrechen, um Herrn Heiden als Vertreter der OTV und Anwohnern der Heinrich-Heine-Straße Rederecht einzuräumen.

Dem Antrag wird einstimmig entsprochen.

---

#### **Sitzungsunterbrechung 19:45 – 19:55 Uhr**

Herr Heiden berichtet, dass es in der Sitzung der OTV eine umfangreiche Diskussion gab und man im Ergebnis zu keiner Einigung gefunden hat. Deshalb wurde in der OTV die Bildung einer Arbeitsgruppe angeregt, um noch einmal grundlegend mit allen Beteiligten über die Planung zu beraten. Die Beschlussvorlage sollte erst wieder behandelt werden, wenn die Arbeitsgruppe getagt hat.

Als Vertreter der Anwohner bekommt Herr Dr. Brehmer das Wort. Er stellt Fragen bezüglich der Notwendigkeit des Ausbaus und der Erneuerung von Schmutz- und Trinkwasserleitungen, der Existenz einer Prioritätenliste für den Ausbau bzw. die Sanierung von Straßen in Greifswald und den Möglichkeiten der Städtebauförderung. Er möchte wissen, inwiefern die zugewiesenen Gebietscharaktere (reine Wohngebiete und allgemeine Wohngebiete) des Bebauungsplanes auf die Ausbauplanung Einfluss haben, da es sich doch um eine Anliegerstraße handelt.

Die künftige Entwicklung wird erheblichen Verkehr nach sich ziehen. Bereits zum jetzigen Zeitpunkt greifen Maßnahmen der Verkehrsberuhigung nur selten. Es stellt sich daher für die Anlieger die Frage, wie das künftig geregelt sein soll. Des Weiteren möchte man wissen, inwiefern die Umlegungen von Mehrkosten auf die Grundstücke erfolgen, wenn (lt. kommunalem Abgabegesetz) Straßen ungeachtet ihrer Widmung kostspieliger ausgebaut werden müssen, als es Ihrer gewöhnlichen Bestimmung gemäß notwendig wäre. Letztendlich möchte man wissen, wie es dazu kam, dass Teile von Grundstücken von

---

Anliegern zum Ausbau der Straße überplant wurden und nun verkauft werden sollen, obwohl die Planungen um den Bebauungsplan Nr. 88 doch schon hinlänglich bekannt waren. Herr Dr. Brehmer stellt heraus, dass es grundsätzlich wünschenswert ist, die Bürger, insbesondere die Anlieger, frühzeitig in die Planungen mit einzubeziehen, wird doch der Hauptanteil des Straßenausbaus auf die Anlieger umgelegt.

---

*Weiter Zu TOP: 5.4. Beschluss zum Ausbau der „Heinrich-Heine-Straße“ und für die Abrechnung der Straßenausbaumaßnahme nach Straßenausbaubeitragssatzung, die Abschnittsbildung und die Klassifizierung*

Herr Liedtke schlägt vor, die bisherigen Ausführungen als Informationen zu werten und dass die Vorlage an dieser Stelle von der Verwaltung aus der laufenden Beratung zurückgezogen werden sollte. Im Weiteren würden sich jeweils 2 Vertreter des Fachausschusses, der Ortsteilvertretung, der betroffenen Anlieger und der Verwaltung am 14.09.2011 zur ersten Arbeitsgruppensitzung treffen.

Auf Anregung von Herrn Wähner geht Herr Wixforth vorab auf einige Fragen von Herrn Dr. Brehmer ein.

Der Ausbau der Straße wird im Zusammenhang mit der Entwicklung des Bebauungsplanes Nr. 88 notwendig und es gibt keine Prioritätenliste. Die Erneuerung der Versorgungsleitungen erfolgt aus Gründen der Synergie. In Anbetracht der heftigen Regenfälle und Erfahrungen im August des Jahres ist die Vervollständigung der Regenentwässerung durchaus notwendig. Zur Umlegung von Mehrkosten auf Grundstücke, wenn Straßen ungeachtet ihrer Widmung kostspieliger ausgebaut werden müssen, erläutert Herr Wixforth, dass es sich im Fall der Heinrich-Heine-Straße nicht um die entsprechende Fallkonstellation handelt, um daraus eine entsprechende Entlastung der Anlieger von der Beitragserhebung abzuleiten.

Frau Franz macht Ausführungen zur Beitragserhebung. Des Weiteren wird von Herrn Hochheim noch mal darauf verwiesen, dass es Bemühungen gibt, die Ausbaubeiträge zu reduzieren, indem andere Lösungen untersucht werden.

Herr Dr. Bittner weist darauf hin, dass es sich bei der gebildeten Arbeitsgruppe nicht um ein formelles Gremium handeln wird und bittet um die schriftliche Beantwortung der gestellten Fragen. Herr Liedtke versichert, dass die gestellten Fragen im Rahmen der Arbeitsgruppe erörtert und beantwortet werden.

Herr Wähner bittet, noch mal auf die Inanspruchnahme von privaten Flächen zum Ausbau der Straße einzugehen. Herr Hochheim führt hierzu aus, dass dies natürlich das Einverständnis der Eigentümer voraussetzt. Sollte es nicht zur Einigung in den entsprechenden Fällen kommen, muss anders geplant werden.

Herr Dr. Kasbohm möchte in der kommenden Sitzung einen entsprechenden Vorschlag von der Verwaltung diskutiert haben, wie künftig derlei Mediationsprozesse organisiert sein können, um künftige Planungen und Prozesse daraufhin zu optimieren. Herr Liedtke verweist auf kürzlich beratene Vorlagen zum Ausbau von Straßen und betont,

---

dass bei bestehender Nachfrage immer entsprechende Moderationsprozesse eingeleitet wurden. Herr Hochheim antwortet hierzu, dass das Informationsschreiben, das Anlass war die Angelegenheit zur Kenntnis zu nehmen, auch künftig rechtzeitig an die entsprechenden Gremien geleitet wird, sodass genügend Zeit besteht entsprechend darauf zu reagieren.

**Die Vorlage wird von der Verwaltung zurückgezogen.**

---

Zu TOP:  
5.5. *Bebauungsplan Nr. 62 - An den Wurthen -;  
Entwurfs- und Auslegungsbeschluss (2. Durchgang)*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

Herr Dr. Bittner fragt, warum es nicht bei der alten Erschließungsform geblieben ist. Herr Kaiser antwortet hierzu, dass das entsprechende Grundstück nicht erworben werden kann.

**Der Vorlage wird mit 10 Ja- Stimmen und einer Gegenstimme zugestimmt.**

---

Zu TOP:  
5.6. *Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 - Friedrichshagen,  
Aufstellungs-, Entwurfs- und Auslegungsbeschluss*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

In der OTV- Sitzung Friedrichshagen hat man sich für die Herausnahme eines Grundstücks (entsprechend der Darstellung in **ANLAGE\_4**) ausgesprochen, da in absehbarer Zeit keine Bebauung auf dem Grundstück erfolgen wird. Die Anpassung der Unterlagen erfolgt zur Sitzung der Bürgerschaft.

**Der Vorlage wird entsprechend der Anpassung einstimmig zugestimmt.**

---

Zu TOP:  
5.7. *Ergänzung und 1. Änderung des B.-Plan Nr. 70 - Gärtnerei  
Soldmannstraße -; Ergänzungs-, Änderungs-, Entwurfs- und  
Auslegungsbeschluss*

Herr Kaiser bringt die Vorlage ein.

**Der Vorlage wird einstimmig zugestimmt.**

---

Zu TOP:  
5.8. *Prüfauftrag Fußgängerzone*

Herr Littman bringt die Vorlage ein.

Herr Hochheim berichtet, dass die Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen beabsichtigt, eine Informationsveranstaltung zur Verkehrsproblematik in der Innenstadt durchzuführen, um die verschiedenen Möglichkeiten zur

---

Verbesserung der Situation zu erörtern.

Herr Liedtke fragt, inwieweit der Prüfauftrag deshalb noch zur Abstimmung gestellt werden soll.

Herr Dr. Bittner hält die Vorlage für wenig zielführend, da Lieferverkehre innerhalb der Geschäftszeiten ohnehin nicht zulässig sind und daher freiwillige Selbstverpflichtungen rechtlich fragwürdig erscheinen.

Herr Littmann möchte die Vorlage zur Abstimmung bringen lassen. Im Weiteren wird sich die SPD-Fraktion mit der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen zur Thematik verständigen.

**Der Vorlage wird mit 3 Ja- Stimmen, 2 Gegenstimmen und 6 Enthaltungen zugestimmt.**

---

Zu TOP: 5.9. *Prüfauftrag - kurzfristige Realisierung eines behindertengerechten Zuganges zur Stadtinformation*

Herr Liedtke bringt die Vorlage ein.

**Der Vorlage wird mit 10 Ja- Stimmen und einer Enthaltung zugestimmt.**

---

Zu TOP: 6. *Informationen der Verwaltung*

Herr Wixforth informiert, dass sich die „Grüne Welle“ in der Wolgaster Straße in Umsetzung befindet. Es sind noch Abstimmungen zwischen Planern, Verwaltung und der Siemens AG als Steuerungsfirma zu führen. Das Projekt soll bis Ende Oktober 2011 realisiert sein.

Das Interessenbekundungsverfahren „Gleisanlage kommunale Anschlussbahn Seehafen Ladebow“ wurde mit Bürgerschaftsbeschluss bekannt gemacht. Es hat sich nunmehr eine Interessentin gefunden, die Thorsten-Meinke-Eisenbahngesellschaft, welche alle erforderlichen Zulassungen hätte. Mit dieser Gesellschaft wurden die Verhandlungen aufgenommen mit der Maßgabe, ein Vertragswerk zu schließen, aus dem die Stadt kosten- und lastenfrei (zuzüglich der Zahlung von Anteilen eingesetzter Eigenmittel) hervorgeht. Der Übergang der Gleisanlage über den Ryck müsste für eine Aufnahme des Betriebes saniert werden. Das würde für erhebliche Kosten sorgen. Die Interessentin hat sich daher um Fördermittel beworben, um die Anlage wirtschaftlich betreiben zu können. Der Antrag wurde abschlägig beschieden.

Eine Förderung erhält lt. Aussage des Ministeriums nur der Eigentümer, also die Stadt. Nunmehr muss geprüft werden, wie damit umzugehen ist. Es wird hierzu eine Beschlussvorlage für die Novembersitzung vorbereitet.

Der Hafenbetreiber Seehafen Ladebow, die Greifswalder Hafengesellschaft, hat fristgerecht zum 01.01.2012 den Nutzungs- und Betreibervertrag gekündigt. Nunmehr gibt es einen Interessenten, der bereit wäre, als Interimbetreiber zu den entsprechenden Bedingungen einen Nutzungs- und Betreibervertrag mit der Stadt zu schließen.

Insofern wären Planungsoptionen der Stadt bei erfolgreichem Abschluss der Verhandlungen nicht gefährdet.

Bei der Maßnahme Umbau Zentraler Omnibusbahnhof haben sich Probleme beim Sozialgebäude und der Überdachung des Bussteiges ergeben. Im Zuge der Ausschreibung ist es zu Kostensteigerungen von ca. 477.000 Euro gekommen. Daher sollen nunmehr keine weiteren Vergaben erfolgen, bei gleichzeitiger Einwerbung von mehr Fördermitteln. Sollten die erforderlichen Mittel nicht zugestellt werden können, sind Maßnahmen zur Kostenreduktion in Erwägung zu ziehen.

---

*Zu TOP: 7. Fragen, Vorschläge und Anregungen der Ausschussmitglieder*

Herr Kruse bittet zu prüfen, ob Schwerlasttransporte, die zum Sperrwerksbau müssen, mit Aufstellung eines Hinweisschildes in der Friedrich-von-Hagenow-Straße, gradewegs zur Baustraße gelenkt werden können, anstatt den Weg über die Rosenstraße zu wählen.

Des Weiteren bittet Herr Kruse kurzfristig, gemäß einer erneuten Anfrage von Anwohnern des Bereiches Dorfstraße Nr. 80, 83, 87 in Wieck an die Ortsteilvertretung (**ANLAGE\_5**) den Status der Straße aufgrund der Beschaffenheit im genannten Abschnitt auf die tatsächliche Eignung als Durchgangsstraße zu prüfen. Herr Dr. Bittner bekräftigt das Ansinnen.

Herr Schmidt erfragt, warum die vorhandenen Bushaltestellen in der Makarenko-Straße so nah beieinander liegen. Herr Kaiser verweist darauf, dass die Zuständigkeit nunmehr beim Landkreis liegt, sollte eine Veränderung angestrebt werden. Ggf. kann Herr Imhorst als Vertreter der Stadt beim Verkehrsrat Auskunft über die Gründe erteilen. Es erfolgt der Hinweis, dass die Stadtwerke bemüht sind, überflüssige Haltestellen rückzubauen.

---

*Zu TOP: 8. Informationen des Ausschussvorsitzenden*

Herr Liedtke bittet die Stellungnahme des Stadtbauamtes zur Baugenehmigung des Wiecker „Brückenhofes“ als **ANLAGE\_6** ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Liedtke bittet die Mitteilung der Stadtverwaltung zur Denkmalsbereichsverordnung „Greifswald Ladebow“ - gemeindliches Einvernehmen als **ANLAGE\_7** ins Protokoll aufzunehmen.

Herr Liedtke bittet einen Prüfauftrag der Ortsteilvertretung zur Aufstellung eines Straßenbeleuchtungskonzeptes für den Ortsteil Ladebow als **ANLAGE\_8** ins Protokoll aufzunehmen.

Zur kommenden Sitzung wird Herr Liedtke Herrn Lorke von den Abwasserwerken zur Problematik Abwasser einladen.

Des Weiteren informiert Herr Liedtke, dass die Ortsteilvertretung Wieck den Zustand, der in Pflege der Stadt befindlichen Rosenbete im Bereich der Kirchstraße sowie dazugehörige Wegbereiche bemängelt.

Die Mitglieder des Bauausschusses werden über die Errichtung einer Lärmschutzwand im Bereich der Waschanlage „Posselt“ unterrichtet.

---

*Zu TOP: 9. Bestätigung des Protokolls vom 07.06.2011*

Das Protokoll vom 07.06.2011 wird mit 9 Ja- Stimmen und 2 Enthaltungen bestätigt.

---

*Zu TOP: 10. Schluss der Sitzung*

Ende der Sitzung um 21:05 Uhr

---

Jürgen Liedtke  
Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Stephanie Elfeld  
für das Protokoll

- ANLAGE 1**            Positionspapier, Herr Dr Hartmann, Abfallgebührenordnung
- ANLAGE 2**            Projektstände, ipc Dr. Talkenberger GmbH, Stadthaus, Neubau  
Berufsfeuerwehr, Sanierung Freiwillige Feuerwehr
- ANLAGE 3**            Sachstand, RDC Dorsch Consult, Sanierung Heinrich-Heine-Straße
- ANLAGE 4**            Darstellung, Änderung Klarstellungs- und Ergänzungssatzung Nr. 4 -  
Friedrichshagen
- ANLAGE 5**            Anfrage von Anwohnern des Bereiches Dorfstraße Nr. 80, 83, 87 in  
Wieck an die Ortsteilvertretung
- ANLAGE 6**            Stellungnahme des Stadtbauamtes zur Baugenehmigung des Wiecker  
„Brückenhofes“
- ANLAGE 7**            Vorlage Denkmalbereichsverordnung „Greifswald Ladebow“ -  
gemeindliches Einvernehmen
- ANLAGE 8**            Prüfauftrag der Ortsteilvertretung zur Aufstellung eines  
Straßenbeleuchtungskonzeptes für den Ortsteil Ladebow